

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/101

2. Juni 1975

## Polemik mit Makulatur

---

Zu einer sachlichen Auseinandersetzung mit der ASF-Bundskonferenz reicht es in der Union nicht

Von Elfriede Eilers MdB  
Bundsvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen und Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 1 und 2 / 65 Zeilen

## Erleichterung für den Autofahrer

---

Ortsendetafeln werden um Wegweiser ergänzt

Von Kurt Gscheidle MdB  
Bundeminister für Verkehr

Seite 3 / 37 Zeilen

## Kein Feld für Showeffekte

---

Warnung vor uneeligem Wettbewerb gesetzgeberischer Initiativen zur Inneren Sicherheit

Von Dr. Willfried Penner MdB  
Obmann der SPD-Fraktion im Sonderausschuß des Bundestages für die Strafrechtsreform

Seite 4 und 5 / 45 Zeilen

## Die menschliche Begegnung geht vor

---

Nach der Dresdner Konferenz: Hoffnung auf Verbesserung der Sportbeziehungen in Europa

Von Manfred Wende MdB  
Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Seite 6 und 7 / 48 Zeilen

## "Ausgewogenheit" à la Filbinger

---

Der Ministerpräsident fordert mehr ARD-Kontrolle

Von Dieter Lattmann MdB  
Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand

Seite 8 und 9 / 62 Zeilen

Chiefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heuserallee 2-10  
Postfach: 120 406  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 82 37-26  
Telefax: 08 86 948-49 pphn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

**Polemik mit Merkelatur**  
-----

**Zu einer sachlichen Auseinandersetzung mit der ASF-Bundeskonzferenz  
reicht es in der Union nicht**

**Von Elfriede Eilers MdB**

**Bundevorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen  
und Mitglied des SPD-Präsidiums**

Die Braunschweiger Bundeskonzferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) kam der Opposition sehr gelegen, zumindest wenn man sich auf die Verlautbarungen des Deutschland-Union-Dienstes stützt. Insbesondere entsprach diese Konferenz so recht den Vorstellungen der Vorsitzenden der CDU-Frauenvereinigung, die ihr Lieblings Schlagwort von der Konzeptionslosigkeit sozialdemokratischer Politik bestätigt glaubte.

Aus der Sicht der CDU/CSU kann diese Reaktion kaum überraschen: bietet doch eine Frauenkonferenz, auf der Diskussionen um ein sogenanntes "Grundsatzprogramm" ebenso breit wie kontrovers geführt wurden, schließlich Anhaltspunkte genug, um genöblich kritisieren zu können. Dies insbesondere dann, wenn man jene programmatischen Aussagen zum Gegenstand seiner Kritik erhebt, die zuvor von den sozialdemokratischen Delegierten eindeutig abgelehnt wurden. Konferenzbeschlüsse werden also von der CDU/CSU schlicht negiert und mit den abgelehnten Teilen einer Beschlüßvorlage läßt sich als Opposition gut spekulieren.

Über den politischen Stil einer solchen Polemik mag man streiten: Nur kann auf diese Weise weder Inhalt noch Verlauf einer Bundesdelegiertenkonferenz sozialdemokratischer Frauen auch nur annähernd politisch gedeutet werden. Gerade dazu aber hätte die Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung allen Anlaß, sie müßte dann allerdings einige liebgewordene Klischeevorstellungen sozialdemokratischer Frauenpolitik à la Wex notwendigerweise über Bord werfen. Und davon trennt sie sich offenbar nur ungern. Eine sogenannte Programmkommission, genauer gesagt eine ad hoc-Arbeitsgruppe, hat für die Sozialdemokratinnen ein Arbeitspapier entworfen, das auf der Braunschweiger Bundesfrauenkonferenz erörtert wurde. Lediglich die CDU/CSU hat diese Vorlage, die von keinem sozialdemokratischen Gremium - weder in der Gesamtpartei noch in der Frauennarbeitsgemeinschaft - verabschiedet war, bereits als Grundsatzaussagen der SPD eingestuft. Auf diese Weise läßt sich offenbar besser argumentieren, denn daß der politökonomische Teil dieses Programm-Entwurfs von der Braunschweiger Bundesfrauenkonferenz nicht gebilligt

wurde, diese "Kleinigkeit" läßt der Deutschland-Union-Dienst unerwähnt.

Die sozialdemokratischen Bundesdelegierten haben sich auf ihrer Konferenz eindeutig gegen den theoretisch-ökonomischen Denkansatz des fraglichen Programm-Entwurfs ausgesprochen. Die gesellschafts-politischen Rahmenbedingungen seien im Godesberger Grundsatzprogramm und im Orientierungsrahmen '85 umrissen; frauenrelevante Forderungen und Teilziele haben sich in diesen Rahmen einzufügen, wie die Diskussionen und Abstimmungsergebnisse von Braunschweig im Übrigen auch bestätigen.

Festzuhalten bleibt: Der fragliche theoretische Ansatz wurde klar abgelehnt und nicht etwa - wie die CDU/CSU behauptet - an eine Programmkommission zurückverwiesen. Insofern bezieht die Oppositionssprecherin ihre Kritik und diverse Zitate im parteiinternen Pressedienst aus Makulatur. Das Motiv hierfür liegt auf der Hand: Geben ihr die von der Bundeskonferenz verworfenen Teile des ASF-Arbeitspapiers Gelegenheit, wiederum die Wahlfreiheit der Frauen zwischen Familie und Arbeitswelt gegen das von den Sozialdemokraten angeblich vertretene Leitbild der berufstätigen Frau auszuspielen, auf diese Weise kann sie altbekannte Kritik der CDU/CSU aufwärmen, ohne dadurch eigene Veräumnisse kaschieren zu können. Denn auf diese Weise wird es der Opposition im Deutschen Bundestag nicht gelingen, fünf Jahre konstruktiver sozialdemokratischer Politik für Frauen wazudiskutieren; die erreichten Erfolge sprechen für sich.

Nach Fehlschlüssen gezählt, stellte diese jüngste Verlautbarung der Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag freilich einen fragwürdigen Rekord auf. Ganz offenbar wirft der Mannheimer Parteitag der CDU seine Schatten voraus: Helge Wex wird dem Vernehmen nach um ihren Posten als stellvertretende Unions-Vorsitzende kämpfen müssen. Und nicht nur darum: Die von ihr propagierten milliardenschweren Programme, eine Partnerrente und ein Erziehungsgeld einzuführen, also Maßnahmen, für die die Opposition die finanziellen Deckungsvorschläge schuldig geblieben ist, stoßen auch in den eigenen Reihen auf erhebliche Kritik. Um hier nur den CSU-Landesvorsitzenden aus seiner aufschlußreichen Sonthofener Rede zu zitieren, der das Erziehungsgeld, "für das sowieso jede finanzielle Verwirklichungsmöglichkeit auf unabhsehbare Zeit überhaupt fehlt", nicht für realisierbar hält.

Wen verwundert es da noch, wenn die Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung den politischen Kampfplatz lieber auf sozialdemokratische Makulatur verlagert?  
(-/2.6.1975/ks/pr)

+ + +

2. Juni 1975

### Erleichterung für den Autofahrer

Ortsendetafeln werden um Wegweiser ergänzt

Von Kurt Gscheidle MdB  
Bundesminister für Verkehr

Zahlreiche Kraftfahrer haben mir im Zusammenhang mit der Gebietsreform zum Thema "Ortsendetafel" geschrieben. Durch die Neugliederung von Ortschaften war die Orientierung für sie schwieriger geworden, weil die Ortsendetafeln keinen Hinweis auf die nächste Ortschaft enthalten. Die Anregungen der Kraftfahrer habe ich aufgegriffen und dieses Thema auf der Länderverkehrsministerkonferenz mit meinen Amtkollegen aus den Bundesländern besprochen.

Wir sind jetzt auf meinen Vorschlag hin übereingekommen, die Ortsendetafeln durch ein Zusatzschild zu ergänzen. Auf ihnen soll der Name der nächsten Ortschaft und die Entfernung dorthin angegeben sein. Werden alte Ortsendetafeln ausgewechselt, werden Ortsende- und Wegweisertafel auf einem Schild vereinigt.

Über die Gestaltung der Ortsendetafeln ist in den letzten Jahren wiederholt in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Anlaß war die Umgestaltung des Schildes im Rahmen der Neufassung der Straßenverkehrsordnung (StVO) im Jahre 1971: Die Aufschrift mit dem roten Querbalken - Hinweis auf das Ende der durchfahrenen Ortschaft - enthält keinen wegweisenden Hinweis auf die nächste Ortschaft.

Was von einigen als "Schikane zu Lasten der Kraftfahrer" gesehen wurde, hatte allerdings einen sehr realen Hintergrund. Auf dem Wiener Übereinkommen über Straßenverkehrszeichen von 1968 ist die Gestaltung der Tafel in dieser Form als Kompromißlösung international vereinbart worden. Die meisten europäischen Länder haben bereits seit langem diese Ortsendetafel. Auch die Bundesrepublik Deutschland mit jährlich ca. 111 Millionen Kraftfahrzeugen im grenzüberschreitenden Verkehr war damit aufgefordert, als eines der bedeutenden Transitländer in Europa ihren Beitrag zur internationalen Vereinheitlichung der Verkehrsschilder zu leisten - vor allem auch im Interesse der Verkehrssicherheit. So ist für ausländische Kraftfahrer z.B. besonders wichtig, das Ende einer geschlossenen Ortschaft zu erkennen, da eine Reihe von Verkehrsregeln nur innerorts gilt.

Zusätzliche Kosten waren durch die Neuregelung im Übrigen nicht zu erwarten, da aufgrund einer langen Übergangsfrist bis 1978 die Umstellung im Rahmen der normalen Erneuerung der Schilder erfolgen kann. Die Mehrheit meiner Länderkollegen hat nun dem neuen Vorschlag zugestimmt. Das begrüße ich nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund einer einheitlichen Regelung in unserem Land. Die entsprechende Änderungsverordnung zur StVO werde ich jetzt dem Bundesrat zur Zustimmung zuleiten. (-/2.6.1975/ks/pr)

+ + +

Kein Feld für Showeffekte

**Warnung vor unseligem Wettbewerb gesetzgeberischer Initiativen  
zur Inneren Sicherheit**

Von Dr. Willfried Fenner MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Sonderausschuß des Bundestages  
für die Strafrechtsreform

Die Innere Sicherheit ist für den Bürger eine wesentliche Voraussetzung für sein Vertrauen in unsere Staatsform. Sehr zu Recht wenden alle demokratischen Parteien diesem politischen Feld große Aufmerksamkeit zu. Kein nüchterner Beobachter wird ernsthaft bestreiten können, daß sich gerade die sozial-liberalen Regierungen in Bonn dieser Fragen besonders angenommen haben.

In jüngster Zeit werden Entwicklungen erkennbar, die auf eine Art unseligen Wettbewerbs gesetzgeberischer Initiativen hinauslaufen. Ganz besonders tun sich dabei die CDU/CSU-regierten Länder Baden-Württemberg und Bayern hervor. Aber auch die Regierungserklärung von Dr. Gerhard Stoltenberg läßt erwarten, daß künftig Schleswig-Holstein dabei nicht abseits stehen möchte.

Die aktuellen Ereignisse bei der Verfolgung einer kriminellen Vereinigung erscheinen daher mitbestimmend bei der Entwicklung immer neuer Initiativen. Sicherlich ist es richtig, auch gesetzgeberisch auf rechtlich zu mißbilligende Verbindungen zwischen Klienten und Verteidiger zu antworten. Obwohl man nicht verschweigen sollte, daß der nach der Bundesrechtsanwaltsordnung für die Rechtsanwälte entwickelte Begriff eines "Organs der Rechtspflege" schon nach geltendem Recht für die von solchen Fällen betroffenen Stellen eine wirksame Handhabe zum Handeln sein kann und müßte. Aber sei's drum: Sind gesetzgeberische Schritte erforderlich, dann sollten sie tauglich sein, dem Mißstand abzuhelpen. Es wäre gänzlich

verkehrt, unter dem Druck aktueller Geschehnisse Maßnahmen zu ergreifen, die sich später als nicht tragfähig herausstellen.

Die Strafprozeßordnung sichert die rechtmäßige Durchführung eines Strafverfahrens. Sie verteilt Rechte und Pflichten auf die Verfahrensbeteiligten. Das Verfahrensrecht kann nur funktionieren, wenn die Verfahrensbeteiligten zu einem Mindestmaß an "Mitmachen" bereit sind. Die Erfahrungen der jüngsten Zeit lehren, daß diese Bereitschaft bei einigen aufsehenerregenden Strafverfahren nicht vorhanden ist. Ja, daß unter dem formalen Schutzschirm bewährter Rechtsinstitute durch die Verteidigung versucht wird, jenseits der Zwecke eines Strafprozesses liegende, auch rechtswidrige und mit Strafe bedrohte Ziele anzustreben. Wer dies zu verantworten hat, sollte damit rechnen müssen, daß ihm die formale Rechtsposition, die diese ermöglicht, eingeschränkt wird.

Die Bedeutung neuer Straftatbestände im Kampf gegen terroristische Gewaltkriminalität dürfte bisweilen überschätzt werden. Sicher kann man aus guten Gründen das Vorfeld dieser Kriminalität mit noch präziseren strafrechtlichen Vorschriften als bisher abdecken. Die eigentlichen Schwierigkeiten liegen jedoch in der Überführung und damit zusammenhängend der Schwerfälligkeit dieser Strafverfahren. Das Hauptaugenmerk sollte daher der Verbesserung der Arbeit der Ermittlungsbehörden gelten. Im Übrigen ließe sich für die Zukunft erwägen, ob es nicht zweckmäßig wäre, selbständige Teile eines Ermittlungsverfahrens, die eine leichtere Überführung zulassen, einer getrennten Aburteilung zuzuführen. (-/2.6.1975/ka/pr)

+ + +

Die menschliche Begegnung geht vor

Nach der Dresdner Konferenz: Hoffnung  
auf Verbesserung der Sportbeziehungen in Europa

Von Manfred Wende MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Die Bedeutung der II. Europäischen Sportkonferenz in Dresden lag offensichtlich vor allem darin, daß die Standpunkte mit aller Klarheit dargelegt, spektakuläre Vorstöße aus dem kommunistischen Bereich mit dem Ziel neuer Institutionen nicht durchgesetzt und die Bereitschaft der Beteiligten zur Weiterentwicklung und Vereinfachung der bi- und multilateralen Sportbeziehungen unterstrichen wurden. Hinzu kommt, daß in Zukunft alle Länder gleichberechtigt an den Beratungen des sogenannten Vorbereitungskomitees beteiligt werden.

Die Sportführungen der DDR und der UdSSR haben erkennen müssen, daß die Delegationen aus den europäisch-demokratischen Ländern nicht bereit sind, Thesen vor Begegnungen der Sportler und Jugendlichen zu stellen, sondern die praktischen Verbesserungen in den Mittelpunkt solcher Beratungen rücken. Es ist insbesondere ein Verdienst der Vertreter des Deutschen Sportbundes, dies in den Vorberatungen und der viertägigen Konferenz in Dresden deutlich gemacht zu haben. Dies dürfte auch als Ausdruck der sportpolitischen Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Bundestag, der Bundesregierung und dem Deutschen Sportbund zu werten sein.

Im Interesse der Aufrechterhaltung und des Ausbaues eines weltweiten Sportverkehrs sowie unter Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse durften in Dresden die Regeln und Bestimmungen des Internationalen Olympischen Komitees und der Internationalen Sportföderationen nicht gefährdet werden. So wurde bei den Beratungen der 27 Delegationen erkennbar, daß das innerdeutsche Verhältnis ein Gradmesser für eine positive Entwicklung und die Zusammenarbeit im europäischen Sport ist. Dies wird auch

daran erkennbar, daß mehr als zwei Drittel aller in Dresden tätigen Journalisten aus den beiden deutschen Staaten kamen. Die Akkreditierung eines Beobachters des Bundesinstituts für Sportwissenschaft und die Teilnahme des Vertreters der Bundesregierung in Ost-Berlin, Staatssekretär Gaus, an Veranstaltungen der II. Europäischen Sportkonferenz sind sportpolitisch erfreuliche Anzeichen.

Die DDR-Organisatoren haben der II. Europäischen Sportkonferenz ein hohes Maß an öffentlicher Wirksamkeit verliehen, die jedoch nicht darüber hinwegtäuschen kann, daß in Zukunft der Trend von dem spektakulären Konferenzcharakter in die Arbeitstagen gehen muß. Wahrscheinlich wird man erst nach der III. Konferenz 1977 in Dänemark und der IV. 1979 in der Bundesrepublik Deutschland zu einer endgültigen Formgebung kommen. Dies betrifft auch die Problematik des Beschlußverfahrens, dem sich in Dresden besonders die jugoslawische Delegation aus berechtigten Gründen widersetzt.

Unausgesprochen sind die Delegierten dieser Sportkonferenz davon ausgegangen, daß das gemeinsame Kommuniqué bei den Beratungen des "Korb III" der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zur Kenntnis genommen wird. Wenn es gelingt, die in Genf vertretenen Regierungen auf konkrete Verpflichtungen festzulegen, durch unkomplizierte Maßnahmen Jugend- und Sportbegegnungen im gesamt europäischen Bereich weiter zu erleichtern, würde die II. Europäische Sportkonferenz 1975 nachträglich noch eine zusätzliche Rechtfertigung erfahren.

(-/2.6.1975/bgy/pr)

+ + +

## "Ausgewogenheit" à la Filbinger

Der Ministerpräsident fordert mehr ARD-Kontrolle

Von Dieter Lattmann MdB

Mitglied der Medienkommission beim Parteivorstand der SPD

Es war ein Ministerpräsident, der trat zu wiederholten Malen - erst neulich wieder - vor den baden-württembergischen Landtag hin und führte bereite Klage wider das ARD-Fernsehen, das seiner Meinung nach immer noch nicht harmonisch genug im Unionszinklang den süddeutschen Mehrheiten entspräche. Der gar grimme ARD-Norden sei ein Feind der Ausgewogenheit, die nicht etwa nach WDR-Vorstellungen lediglich im Gesamtprogramm des ersten Fernsehens dem Proporz huldigen müsse, vielmehr in jeder einzelnen Fernsehsendung zu gewährleisten sei. Der Ministerpräsident erwog erneut, seinen Landeskindern durch Abkoppeln des heimatlichen Senders vom ARD-Gemeinschaftsprogramm die Prüfungen derart nördlicher Gesinnung zu eraparen und sie durch eigene lupenreine Beiträge zu ersetzen.

Wahrlich, der Ministerpräsident sorgte sich um seine Landeskin-  
der wie weiland die Geisenmutter um ihre neugierigen Sieden vor dem dräu-  
enden Wolf. Voll "gravierender Mängel" sei die ARD-Koordinierung. Beson-  
ders nachteilig sei es, daß die Verantwortlichen für das Programm in den  
einzelnen Anstalten "zunehmend journalistische Standpunkte vertreten, die  
sich grundsätzlich widersprechen". Er bedauerte eine Neigung zu Übertriebener  
Behandlung von Modethemen und verschwieg wohlweislich die Allgegen-  
wart konservativer Tabus in den Medien. Hinzu komme, daß sich im föderali-  
stisch organisierten ersten Programm eine besorgniserregende Tendenz zum  
Zentralismus breitmake. Nachrichten aus der Bundeshauptstadt nähmen einen  
Übergroßen Anteil ein, während die Ereignisse in den Bundesländern mehr  
und mehr vernachlässigt würden. Hier sei ein "Nord-Süd-Gefälle" festzustel-  
len. Die landesfürliche Klage gipfelte in dem Bedauern: "Je weiter im  
Norden der Bundesrepublik ein Ereignis stattfindet, desto höher ist in ge-  
wissen Sendungen sein Nachrichtenwert; je tiefer im Süden ein Ereignis  
stattfindet, desto mehr nimmt offenbar der Nachrichtenwert ab."

Ministerpräsident Filbinger, dessen Stimme mit Sandmännchen-Eindring-  
lichkeit die Landeskin-  
der warnte, sprach wie einatmale die Fürsten des

des Südens über den norddeutschen Staatenbund. Viel trotzige Treue der B-Länder wird da heraufbeschworen. Fast schien es sich um ein anderes Nord-Süd-Gefälle zu handeln, nämlich eines an Demokratie. Denn der strenge Landesherr rief nach Kontrollen wider Anderedenkende - ganz als sei er ausgenommen vom Grundgesetz, das Zensur untersagt. Förmlich mit Schweigen quittierte er den Einwand des Oppositionssprechers Heinz Bühringer, der Ministerpräsident möge doch seinen Einfluß geltend machen, daß "jemand, dem er nicht die Ausgewogenheit seiner Sendung bescheinigen kann, nicht etwa mit dem Konrad-Adenauer-Preis ausgezeichnet wird". Welche Töne in einem B-Landesparlament!

Schlimme Kunde drang anderentags selbst aus dem Norden nach Süddeutschland von einem Sorgengenosse des Ministerpräsidenten, Heinrich Windelen geheißen, er war ein scharfzüngiger Späher, der in Nordrhein-Westfalen so manchen Rotfuchs witterte und anlässlich seiner Wiederwahl zum Unionsvorsitzenden in Westfalen-Lippe ein schwindelfreies Lippenbekenntnis ablegte: Der DGB und die Medien, voran der WDR, seien Schuld an der Tatsache, daß die Union das volkreichste Bundesland nicht habe erobern können, obwohl es - ginge es mit rechten Dingen zu - am 4. Mai eigentlich reif zur Rückkehr in den Unionsfrieden gewesen sei.

Angesichts solcher Umstände muß man sich wirklich sorgen, daß nicht etwa Unwissende wissend werden. Denn der Ministerpräsident wie sein Lippescher Vetter vermochten ihre Mär mit der Wirkung des Erschauerns nur denen aufzutischen, die noch nie ein Rundfunkhaus von innen sahen und konservative Bastionen so festgemauert fanden, daß ihnen umgekehrt bange ward. Wie war es doch bei den Geiseln, den lieben Kleinen? Wenigstens sprang das Jüngste in den Uhrenkasten und rettete die Familie durch seine Gewitztheit. Doch ausgewogen waren eher die Übrigen sechs. Die lagen und liegen wie Wackersteine im Bauch des Untiers. Wolf, dein Name ist Proporz.

(-/2.6.1975/fr/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller